

Warum protestieren wir nicht gegen die russische Regierung?

Ein Strategiepapier der außerparlamentarischen Opposition (APO) in Düsseldorf, 10. Februar 2023

Unter dem Pseudonym „Eure Gegendemo“ hat Martin Eiting am 03.02.2023 unserer Orga schriftlich eine Reihe von Fragen zu unseren Aktivitäten und politischen Forderungen zukommen lassen. Wir nehmen sein Schreiben zum Anlass für eine Stellungnahme zum richtigen Umgang mit Störern oppositioneller Kundgebungen. Störer nehmen Grundrechtedemos ebenso ins Visier wie Friedensdemos. Wie sollen Organisatoren regierungskritischer Kundgebungen in Deutschland umgehen mit Störern, die Anfeindungen und [Provokationen auf offener Straße](#) als „Gegendemo“ verharmlosen und über Teilnehmer und Organisatoren rufschädigende [Verleumdungen in sozialen Medien verbreiten](#), in schriftlicher Form aber ein konstruktives Angebot zum Dialog vortäuschen? Sollen Organisatoren oppositioneller Kundgebungen die erlebten Störungen vergeben und vergessen und das Angebot zur Auseinandersetzung in der Sache annehmen? Wir finden: Nein. Störer können wir niemals überzeugen, sondern nur entlarven. Wir nehmen Martin Eitings Fragen zum Anlass, um die unsachliche Argumentationsweise von Störern zu entlarven. Ihre Stilmittel sind Moralisation, Suggestivfragen und Relativierungen.

Martin Eiting fordert von der außerparlamentarischen Opposition eine moralische Verurteilung der russischen Regierung. Die entsprechenden Fragen thematisieren die im Zuge des Krieges abgeschaffte territoriale Integrität der Ukraine („Erkennt ihr die Ukraine als souveränen Staat an?“), auf den Wirtschaftskrieg gegen Russland („Wirtschaftssanktionen sind ein Mittel, das Kriegshandlungen möglichst ersetzen soll. Warum lehnt ihre diese ab?“) und auf die Gewaltspirale des Krieges („Wie sollte der Westen auf die Kriegsverbrechen in Irpin und Butcha reagieren?“). Diese moralisch-überhöhte sachferne Argumentation blendet aus, dass bereits 2015 klar war, dass das mit militärischen Komponenten durchsetzte EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen „die Ukraine zerreißen würde“ (so die damalige Aussage von Gabriele Krone-Schmalz). Die Moralisation der Sanktionsfrage unterschlägt, dass die aktuellen Wirtschaftssanktionen Kriegshandlungen begleiten, statt sie zu ersetzen. Der Ruf nach Vergeltung für Kriegsverbrechen ignoriert, dass kriegsverlängernde Maßnahmen wie Waffenlieferungen weder vergangene Kriegsverbrechen ungeschehen machen noch zukünftige verhindern. Wer politische Auseinandersetzungen moralisiert und emotionalisiert, will von den Sachargumenten des Gegners ablenken. Moralisation ist die Rhetorik derjenigen, die sich im Recht fühlen, aber niemals anhand sachlicher Evidenz prüfen, ob sie es denn tatsächlich sind.

Martin Eiting möchte von uns wissen, ob „Putin den Krieg in der Ukraine beenden“ könne und warum er dies nicht tue. Die Frage suggeriert, dass deutsche Regierungskritiker Kreml-Sprecher sind und will sie so im innenpolitischen Debattenraum delegitimieren. In die gleiche Richtung zielt die ohne Belege gestellte Frage, warum die außerparlamentarische Opposition „kremlnahe Webseiten“ bewerbe. Wir von der außerparlamentarischen Opposition in Düsseldorf wissen nicht, was fremde Regierungen können oder wollen. Aber wir kennen unsere eigenen Interessen und Fähigkeiten. Wir, die in Deutschland lebenden Menschen haben sowohl gute Gründe also auch die demokratischen Machtmittel, die deutschen Waffenlieferungen an die Ostfront zu beenden. Wir als demokratischer Souverän haben dem deutschen Kriegseintritt nicht zugestimmt. Unser Protest kann und wird den weiteren Verlauf der Geschichte beeinflussen, sofern er zahlreich und bestimmt ist. Die russische Regierung können wir nicht beeinflussen. Die deutsche schon.

Martin Eiting fragt, warum die am 11.02.2023 statt findende Friedensdemo des Friedensbündnisses NRW, dem die APO Düsseldorf sich angeschlossen hat, „keine Zwischenkundgebung vor einer russischen Institution“ veranstaltet. Martin Eiting negiert mit seiner Frage unser Recht, als demokratischer Souverän der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich die unsere, uns nach außen vertretende und nach innen verwaltende Bundesregierung und keine andere zu kritisieren. Er suggeriert, dass Kritik an der deutschen Regierung immer mit Kritik an Regierungen anderer Länder einhergehen muss. Dieser „Whataboutism“ ist der kosmopolitische Trugschluss der akademischen Mittelschicht in Deutschland, die sich selbst als übergeordnete moralische Instanz sieht, also als Problemlöser von oben und außen, statt als Teil des Problems. Wir teilen diese Überheblichkeit nicht. Deutschland ist Kriegspartei. Unsere Regierung liefert Waffen an die Front und finanziert den Krieg. Als demokratischer Souverän sind wir in der Pflicht, dieser unserer Regierung zu widersprechen.

Martin Eiting fragt, was die außerparlamentarische Opposition davon abhält „die Bezeichnung russischer Angriffskrieg zu verwenden und Putin als Kriegsverbrecher zu benennen“, ob nach unserer Meinung „die EU an der Aufnahme von ukrainischen Kriegsflüchtlingen etwas ändern“ solle, und will außerdem wissen, ob für uns „billige Energie oder der Fortbestand der Ukraine als Demokratie“ den höheren Stellenwert hat. Diese Fragen fordern Glaubensbekenntnisse und sollen die Opposition des Ketzertums überführen. Wir weigern uns, die einfachen Freund-Feind-Schemata deutscher Regierungsparteien unreflektiert zu übernehmen und einseitige Schuldzuweisungen vorzunehmen. Die Regierungsthese, nach der die Deindustrialisierung Deutschlands und die Abwanderung deutscher Unternehmen in die USA notwendige Opfer zur Rettung einer bereits jetzt inexistenten „Demokratie in der Ukraine“ sind, überzeugt uns nicht. Die sachfremde Frage nach unserer Haltung zur EU-Flüchtlingspolitik suggeriert grundlos und evidenzlos, wir würden in Deutschland Schutz suchende Kriegsflüchtlinge ablehnen. Unser Gegner sind nicht schutzsuchende Menschen aus anderen Ländern, sondern die verantwortungslosen deutschen Regierungsparteien. Unser Widerspruch gegen Regierungspolitik macht uns nicht zu Ketzern oder Leugnern, sondern zu Oppositionellen. Ein demokratischer Rechtsstaat ist keine Religionsgemeinschaft.

Martin Eiting ist kein Gegendemonstrant, sondern ein Störer. Seine Argumentationsweise ist, wie sein Verhalten im Rahmen seiner „Gegendemo“ mit vier bis zehn Teilnehmern, gleichzeitig hochgradig moralisiert und hochgradig entpolitisiert. Seine „Presseanfrage“ an uns wie auch seine „Gegendemo“ sind reine Provokation und Diffamierung, gekleidet in den Mantel politischer Auseinandersetzung. Legitime Gegendemonstranten versuchen, die Öffentlichkeit auf eine aus ihrer Sicht problematische politische Versammlung hinzuweisen. Störer suchen Streit mit Organisatoren, Rednern und Teilnehmern oppositioneller Kundgebungen, um diese zu Straftaten zu verleiten oder von der Straße zu vertreiben. Gegendemonstranten sprechen mit Passanten und Medien. Störer provozieren Kundgebungsteilnehmer und verbreiten statt politischer Inhalte [Sprechchöre](#) wie „Wir sind hier, wir sind laut, weil die Mona Bullshit baut“. Martin Eiting verlautet über Megafon keine politischen Inhalte, sondern rufschädigende Vorwürfe gegen uns als Organisatoren, [bezeichnet uns als Antisemiten und Rechtsextremisten](#) und greift weibliche Aktive der außerparlamentarischen Opposition in ihrer privaten Rolle als Mutter an.¹

¹ So fordert Martin Eiting auf seinen Twitter-Account „Dorf Antifa an der Düssel“ für eine Demoteilnehmerin mit Kleinkind eine [Beobachtung durch das Jugendamt](#). Das auf Twitter thematisierte Kleinkind trug auf der Demo stets gut sichtbare Hörschützer gegen die Lärmbelastung.

Wir führen keine politischen Debatten mit einem Mann, der unter dem Vorwand einer „Gegendemo“ und unter Missbrauch der Antifa-Flagge regierungskritische Kundgebungen mit unsachlichen Beleidigungen der Teilnehmenden und Organisatoren stört und unser Orga-Team unter dem Pseudonym „Dorf Antifa an der Düssel“ unablässig online mit Diffamierungskampagnen verfolgt. Der Wechsel zwischen stets aus der Anonymität heraus verübten Aggressionen und ebenso anonymen, scheinbar zivilisierten, tatsächlich aber inhaltsleeren schriftlichen Anfragen soll gegenüber der von ihm instrumentalisierten Antifa Düsseldorf aber auch gegenüber der von ihm über Sinn und Zweck seiner „Gegendemo“ getäuschten Düsseldorfer Versammlungsbehörde den Eindruck politischer Motive erwecken. Die von Menschen wie Martin Eiting vorangetriebene gleichzeitige Moralisierung und Verrohung des politischen Diskurses ist brandgefährlich für unsere Demokratie. Da machen wir nicht mit. Mit antworten Störern nicht. Wir entlarven sie.

Wir führen am Rand von Kundgebungen immer wieder sachliche Gespräche mit Menschen geführt, die andere Meinungen vertreten als die unseren, anderen Experten zuhören und andere Zeitungen lesen. Dazu bleiben wir auch weiterhin bereit. Wir setzen uns gerne weiter auf zivilisierte Art mit Menschen auseinander, die uns höflich gegenübertreten und mit Namen und Gesicht für ihre Überzeugungen einstehen. Die unsachlichen Suggestivfragen in Martin Eitings Presseanfrage an uns beleidigen unseren Intellekt und bleiben weit unter dem für eine sachliche politische Auseinandersetzung notwendigen Niveau. Die in der Vergangenheit erlebten und für die Zukunft angekündigten Störungen und Aggressionen seitens Martin Eiting und seiner „Gegendemo“ sind inakzeptabel, unzivilisiert und demokratiefeindlich. Wir wünschen uns würdige Gegner.

Dr. Mona Aranea, Soziologin, Pressesprecherin der APO Düsseldorf